

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl – Privater politischer Brief – No. 21 / 1. Nov. 2018

INTERVIEW mit Christian Kremer stv. Generalsekretär der EVP

Warum wurde die Europäische Volkspartei (EVP) gegründet, welchen rechtlichen Status hat sie?

Die Europäische Volkspartei wurde im Jahre 1976 gegründet. Natürlich gab es auch vorher bereits Organisationen, in denen christdemokratische Parteien und Politiker zusammengearbeitet haben – die Wurzeln dafür reichen zurück bis ins Jahr 1925. Allerdings waren führende Christdemokraten der Auffassung, daß es zur Vorbereitung der ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 1979 einer schlagkräftigeren Organisation **mit einer föderativen Struktur** bedürfe. Diese sollte die Grundlage für die zukünftige Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Fraktion bieten und nach dem Mehrheitsprinzip entscheiden. Daher wurde die EVP 1976 als erste europäische politische Partei gegründet. Gründungsmitglieder waren die christdemokratischen Parteien aus Deutschland, Italien, Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Irland. In den achtziger Jahren – mit der geografischen Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften – erweiterte sich die EVP nach kontroversen Debatten um konservative und Mitte-Rechts-Parteien und wandelte die EVP zur großen Familie von Mitte-Rechts-Parteien in Europa – mit nach wie vor klar christdemokratischer programmatischer Prägung.



Präsident der EVP ist seit 2013 Joseph Daul von Les Républicains (Frankreich) aus dem Elsaß. Er ist von Hause Landwirt und war von von 2009-2014 Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. Generalsekretär ist seit 2002 Antonio Lopez Isturiz von der Partido Popular aus Spanien, der auch Mitglied des Europäischen Parlaments ist und zuvor als persönlicher Referent des früheren spanischen Ministerpräsidenten José Maria Aznar tätig war.

Bei der EVP arbeiten 30 Vollzeitmitarbeiter aus ganz Europa, diese Zahl wird derzeit für den kommenden Europawahlkampf auch noch aufgestockt.



UNSER INTERVIEW-PARTNER Christian Kremer (44) ist seit 1999 Stv. Generalsekretär der EVP und leitet die politische Abteilung. Diplom-Sozialwissenschaftler aus Kalkar, Niederrhein. 1990 CDU. Saß im JU Landesvorstand NRW und im JU-Bundesvorstand. Ist Mitglied CDU-Bezirksvorstand Niederrhein. Kremer wird 2019 für das Europäische Parlament kandidieren.

Mit dem Vertrag von Maastricht fand die Rolle der europäischen politischen Parteien erstmals Erwähnung in den europäischen Verträgen. Mit dem Vertrag von Amsterdam kam es zur Möglichkeit der Parteienfinanzierung. Die Verordnung aus dem Jahr 2003 zum Statut und zur Finanzierung europäischer politischer Parteien hat dann den rechtlichen Rahmen für die Finanzierung gegeben und führte zur Registrierung nach nationalem Recht. Dann wurde die EVP nach belgischem Recht anerkannt und hat auch einen Rechtsstatus nach europäischer Gesetzgebung. **Die EVP wird zu etwa 85% aus öffentlichen Mitteln des EU Haushaltes und zu etwa 15% aus den Beiträgen der Mitgliedsparteien finanziert.**

**Wie unterscheidet sich die EVP von Europas Konservativen (Parteien)?
Auf welchen Gebieten ist EVP-Zusammenarbeit mit diesen möglich?**

Die Allianz der europäischen Konservativen und Reformisten (ACRE) und ihre ECR-Fraktion im Europäischen Parlament werden sehr stark von den britischen Konservativen und der polnischen Partei "Recht und Gerechtigkeit" (PiS) beherrscht. Es herrscht bei ihnen eine grundsätzlich europaskeptische Haltung – weit entfernt von der EVP, die sich als Erbe der Gründerväter des europäischen Projekts sieht. In vielen konkreten Fragen der Gesetzgebung funktioniert die Zusammenarbeit mit der ECR-Fraktion in der Regel recht gut.

Warum gehen Sie mit Ihrem EVP-Kongress nach Helsinki?

EVP-Mitgliedsparteien können sich für die Ausrichtung eines des EVP-Kongresses bewerben, wie es unsere finnischen Freunde der Partei "Kokoomus" jetzt getan haben. Ein Beschluss wurde dann im EVP Vorstand gefasst. Helsinki im November lädt vielleicht nicht zu ausgedehnten Stadtrundgängen ein, aber wir wollen ja auch alle Delegierten im Kongreß präsent haben 😊

Die EVP wird in Helsinki ihre Europa-Spitzenkandidaten den nächsten Kommissionspräsidenten nominieren, ein Auftakt für die Europawahl im kommenden Mai. Zur Wahl stehen zwei Kandidaten: 1. Der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Manfred Weber (CSU), 2. Alexander Stubb, ehemaliger Premierminister Finnlands.

Die EVP ist innerhalb Deutschlands kaum bekannt. Die Medien reden meist von "Zusammenarbeit" der "Konservativen".

Das stimmt, daß die Bekanntheit der EVP in Deutschland verbesserungsbedürftig ist. Mit dem Verfahren der europaweiten Spitzenkandidaten im Jahr 2014 gab es erstmals ein breiteres Interesse der deutschen Medien an der EVP. Ich bin fest davon überzeugt, daß dieses Interesse im Vorfeld der Europawahlen im kommenden Jahr wieder erheblich steigen wird. Und das ist letztendlich auch der Zweck der europaweiten Spitzenkandidaten: Man kann nur über Themen diskutieren wenn man sie mit Köpfen verbindet und nur eine europaweite Kampagne kann eine wirklich europäische Debatte erzeugen anstatt der bisherigen 28 nationalen Debatten. Das ist ein wichtiger Schritt nach vorn und wir werden hart daran arbeiten, im Europawahlkampf 2019 sichtbar zu sein.

Und was die Charakterisierung der EVP als „Konservative“ betrifft: wir bezeichnen uns selber nicht so, auch wenn es natürlich in der EVP ein paar konservative Parteien gibt. Wir sind im Kern nach wie vor Christdemokraten, selbst wenn die EVP heute beinahe alle wichtigen Mitte-Rechts-Parteien unter einem Dach versammelt. Ich würde diese Wortwahl daher eher als intellektuelle Faulheit bzw. als absichtlich diskreditierenden Begriff sehen.

Was werden die zentralen Themen der EVP im Europawahlkampf sein?

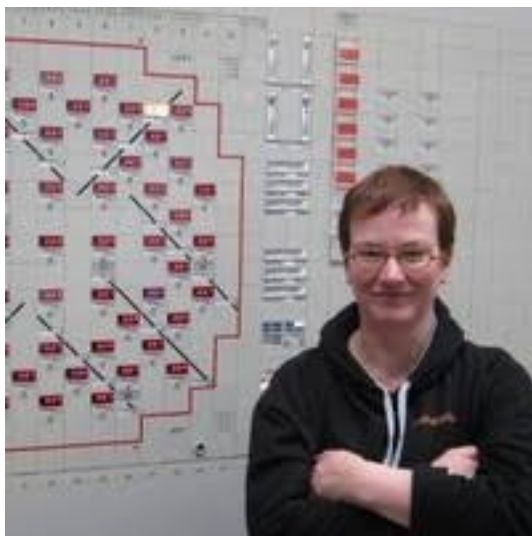
Während die Debatten 2014 noch sehr stark unter dem Eindruck der Eurokrise standen und wirtschaftliche Themen dominierten, sind in den letzten Jahren die Themen der Inneren Sicherheit, insbesondere Migration, der Schutz der Außengrenzen und der Kampf gegen Terrorismus auf der Prioritätenliste der Bürger nach oben gerückt. Das ist noch nicht per se schlecht: die Menschen wählen nicht links wenn sie mehr Sicherheit wollen. Außerdem haben wir bei der Begrenzung der illegalen Migration, ebenso wie bei der Terrorbekämpfung, erhebliche Fortschritte gemacht und werden auch weiterhin hart am Schutz der Außengrenzen arbeiten. Darüber hinaus stehen natürlich auch Wirtschaftsthemen im Vordergrund und die Bekämpfung des Klimawandels. Letzteres ist übrigens für viele Bürger ein wichtiges Anliegen. Wir müssen ambitionierte Pläne haben, aber sie müssen auch realistisch und umsetzbar sein. Die EVP muss Probleme lösen und Sorgen ernst nehmen – aber Politik nach Wunschdenken sollten wir anderen überlassen.

=====

“Salonkolumnisten”

Meinung der Energieexpertin Prof. Dr. Anna Veronika Wendland

Zum ersten Mal seit längerer Zeit stehen energiepolitische Themen in diesem Herbst wieder ganz oben auf der Agenda. Im Hambacher Forst standen und stehen sich militante Umweltschützer, RWE und Staatsgewalt kompromisslos gegenüber.



Prof. Veronika Wendland im Labor

Die Umweltverbände BUND und Greenpeace ketten sich im Rheinland an jeden einzelnen Baum und drohen mit dem Ausstieg aus der Kohlekommission. Und der Berliner Bundesrechnungshof stellte der Regierung in seinem neuesten Energiewende-Bericht ein verheerendes Zeugnis aus.

Die deutsche Energiewende hat außer dem Atomausstieg-Beschluss keines ihrer selbstgesetzten Ziele erreicht. Sie ist kein Weg zu mehr Umwelt- und Landschaftsschutz. Windparks und Biomasse-Monokulturen bewirken längst große ökologische Schäden in gewachsenen Kulturlandschaften, vom TV zu wenig beachtet.

Vor die Motorsägen der Windkraftindustrie wirft sich kein Greenpeacer: Ein Hambir-Baum ist offenbar wertvoller als ein anonymer Baum, der einem Windpark zum Opfer fällt.

Die Energiewende *à l'allemande* ist auch kein Weg zum so genannten Klimaschutz: Die selbstgesteckten deutschen CO₂-Ziele wurden nicht erreicht. Sie ist kein Weg zur sicheren Stromversorgung: Unregelmäßige Einspeisung und stückweise Zurückdrängung gesicherter Leistung sorgen für immer mehr Instabilität in unseren Stromnetzen.

Die (deutsche) Energiewende ist weder wirtschaftlich, noch sozial. Denn die mit über 30 Milliarden Euro jährlich von Stromkunden und noch mit Steuergeld finanzierten Maßnahmen tragen zu einer wirklich gesicherten Stromversorgung kaum bei. Denn fossile und noch verbliebene nukleare Kapazitäten sichern unsere Netze und erzeugen per Medien die Illusion, dies sei ein Verdienst der "Erneuerbaren".

Und die (deutschen!) Strompreise steigen weiter. Wer »Atomkraft? Nein danke!« rief und durchsetzte, hat als Belohnung die Braunkohle bekommen, gegen die aber neuerdings auch heftig protestiert wird. --- Wer übrigens vom **real existierenden RWE-Kernkraftwerk Emsland** nicht sprechen mag, der sollte vom RWE im Hambacher Forst schweigen. Das Kernkraftwerk könnte den Forst retten. Doch dies ist wohl nicht erwünscht.

"Emsland" wird spätestens 2022 ohne technische Not vom Netz gehen, Grund: die deutsche Post-Fukushima-Panik-Gesetzgebung. Es ist dieser Zusammenhang, der von unserer klassischen Umweltbewegung und ihrer parlamentarischen Vertretung, den Grünen, unter den Teppich gekehrt wird.

Nun soll, siehe ARD und ZDF, auch die Braunkohle rasch verschwinden – des so genannten "Klimaschutzes" wegen, doch eine andere gesicherte und saubere Leistung ist nicht in Sicht. **So wenig wie bezahlbare und schnell umsetzbare Stromspeicher-technologien.** Insgeheim liebäugelt die Bundesregierung daher bereits mit russischem Erdgas als Exit-Strategie. Neue fossile Abhängigkeiten?

Diese Lage bereitet neuerdings etlichen Bürgern Unbehagen. Viele fangen daher wieder an, über Kernenergie nachzudenken, die wir leichtfertig aus dem Land getrieben haben. Aber die meisten scheuen ein Coming-Out. Denn wer sich aus der Deckung wagt, wird bekämpft. Die gut organisierte "Erneuerbaren"-Lobby und eine **zu großen Teilen auf antinukleare Berichterstattung festgelegte Journalistenschaft** beschimpft die Skeptiker als Ewiggestrige oder sogar als Rechtspopulisten.

Jenseits solcher Frontenbildungen aus der Vergangenheit macht sich heute ein bunter Haufen von Leuten auf, Schützengräben zuzuschütten. Es gibt jetzt Bürger, die das Kernenergie-Redetabu brechen, die aber nicht von rechts kommen. Es sind Leute, die sich im ökologisch-progressiven Spektrum verorten und sich dafür aussprechen, den Atomausstieg zu überdenken. Sie tun das, weil sie einige ihrer Überzeugungen in Lernprozessen geändert haben. Auch weil sie angesichts der gescheiterten Energiewende und der Herausforderungen von Luftverschmutzung, Bevölkerungswachstum und Klimawandel auch über nukleare Lösungen wieder neu diskutieren wollen.

Sie argumentieren, dass die Kernenergie eine technisch ausgereifte, landschaftlich minimal-invasive und luftschadstoffarme Form der Elektrizitätsversorgung sei und dass fortgeschrittene Formen von Kerntechnik wesentlich mehr könnten als nur

Strom zu produzieren: z.B. Fernwärme für Wohngebiete, Prozesswärme für Treibstoffsynthesen, Produktion von medizinischen Radionuklide, Verwertung von Atommüll.

Diese Initiativen haben sich auf dem Münchner Marienplatz beim „Nuclear Pride Fest“ vorgestellt und mit Bürgern diskutiert. Träger der Veranstaltung war die Nuclear Pride Coalition, ein europaweiter Zusammenschluss von Initiativen, die sich gegen religiösen und ökologischen Obskurantismus, gegen Pseudowissenschaften und für den Primat wissenschaftlicher Evidenz bei der Entscheidungsfindung über Zukunftsfragen einsetzen.

Jenseits solcher Frontenbildungen aus der Vergangenheit macht sich heute ein bunter Haufen von Leuten auf, Schützengräben zuzuschütten. Es gibt jetzt Bürger, die das Kernenergie-Redetabu brechen, die aber nicht von rechts kommen. Es sind Leute, die sich im ökologisch-progressiven Spektrum verorten und sich dafür aussprechen, den Atomausstieg zu überdenken. Sie tun das, weil sie einige ihrer Überzeugungen in Lernprozessen geändert haben. Auch weil sie angesichts der gescheiterten Energiewende und der Herausforderungen von Luftverschmutzung, Bevölkerungswachstum und Klimawandel auch über nukleare Lösungen wieder neu diskutieren wollen.

=====

Demokraten siegen in polnischen Kommunalwahlen

Die Kommunalwahlen waren ein Durchbruch. Die Regierungspartei PiS hat zwar die Mehrheit in 9 Lokalparlamenten, ist aber total koalitionsunfähig. Daher wird PiS wahrscheinlich nur in 3 - 4 von 16 Sejmiks selbst regieren können. Alle Großstädte in Polen sind in den Händen der Bürgerlichen Koalition (PO+Nowoczesna).

Dennoch droht eine neue riesengroße Gefahr. Die PiS will jetzt die meisten unabhängigen Medien mundtot machen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass schon bald Medien wie TVN, Onet, sowie der lokalen Presse die Konzessionen entzogen werden. - Die EU müßte jetzt sehr wachsam sein und schneller reagieren als dies bei dem Griff nach der III Gewalt durch PiS der Fall war. WK

Wieder einmal guter Wille der EU, doch was macht der Rest der Welt ?

Die EU will Einwegprodukte wie Strohhalme oder Wattestäbchen verbieten. So soll der Plastikmüll in den Meeren reduziert werden. Dazu sagen die Experten Dr. Melanie Bergmann und Dr. Lars Gutow vom Alfred-Wegener-Institut, Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung (AWI) :

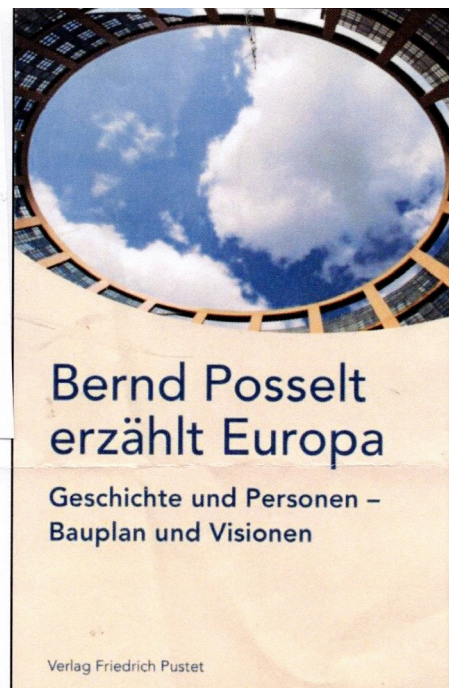
“Die Ozeane stellen das größte zusammenhängende Ökosystem der Erde dar und umfassen die exotischsten Lebensräume. Aber selbst auf dem Meeresboden der arktischen Tiefsee, im Meereis oder an Stränden abgelegener Inseln finden wir mittlerweile große Mengen von Müll. Daher ist es gut und wichtig, dass die EU Maßnahmen zur Verringerung des Müllaufkommens in den Ozeanen ergreift. Beim Plastik anzusetzen ist folgerichtig, da Kunststoffe rund drei Viertel des gesamten Mülls in den Meeren ausmachen. Ein Fokus auf Einwegprodukte wie Strohhalme, Wattestäbchen und Einweggeschirr erscheint zunächst sinnvoll, da sie in vielen

Meeresgebieten einen auffälligen Anteil an dem gesamten Müllvorkommen haben. Vor allem aber ist eine Verschmutzung der Meere mit solchen Einwegprodukten, die leicht zu ersetzen wären, völlig unnötig. Daher ist es richtig, die massenhafte Herstellung von Produkten, die nach einmaliger Nutzung nicht mehr zu gebrauchen sind, rigoros zu reglementieren.

Ein Abschied von Einweggeschirr und Plastikstrohhalm ist vergleichsweise einfach. Für einen wirklich effizienten Beitrag gegen die Verschmutzung der Meere müssen wir uns jedoch die Frage stellen, ob wir damit weit genug gehen. Wir wissen mittlerweile, dass neben den Einwegprodukten vor allem die exzessive Herstellung und Verwendung von Verpackungen maßgeblich zu der Verschmutzung der Meere beiträgt. Auch wissen wir, dass zahlreiche weniger offensichtliche Quellen zu der Verschmutzung der Meere mit Kunststoffen beitragen. Hier sind neben vielen anderen Beispielen der Reifenabrieb von Kraftfahrzeugen und die Freisetzung von Mikrofasern aus synthetischer Kleidung beim Waschen zu nennen. Auch stehen wir vor dem Dilemma, dass wir eine ständig wachsende Erdbevölkerung ernähren müssen, gleichzeitig aber die industrielle Fischerei nicht nur die weltweiten Fischbestände dezimiert, sondern durch den Verlust von Fanggeschirr und Ausrüstung auch massiv zur Verschmutzung der Meere beiträgt. Und schließlich müssen wir berücksichtigen, dass sich zwar rund 75 bis 80 Prozent des Mülls in den Meeren aus Kunststoffen zusammensetzt, der gesamte Rest – bestehend aus Glas, Metall und anderen nicht abbaubaren Stoffen – mittlerweile aber auch einen Umfang von geschätzt 50 Millionen Tonnen erreicht hat. “

Sehr selten empfehle ich ein Buch so nachdrücklich wie Bernd Posselts „erzähltes“ Europa. Es bietet oft vergessene Details der Einigung, dazu Personen. Wer das Buch gelesen und bestaunt hat, kann mit Erfolg für Europa werben. JWahl

240 Seiten, Kartoniert
ISBN 978-3-7917-3042-4
€ (D) 20,- / € (A) 20,60



Geschrieben + redigiert von Jürgen Wahl, Seibachstraße 6, 53343 WACHTBERG
Tel. 0228.324381 // e.mail: post@jwahl.de // Deine/Ihre Spende bitte an Konto ::
Volksbank in 53343 Wachtberg
IBAN : DE 15 3706 9805 0101 403017 // BIC : GENODED 1 WW I